

Nationales Hemd und europäischer Rock

Eine kritische Auseinandersetzung mit der Rolle von sechs Zeitungen im Einigungsprozess

Der Fall der Berliner Mauer und der Zusammenbruch der kommunistischen Systeme in Mittel- und Osteuropa haben in den Jahren 1989 und 1990 einen historischen Einschnitt markiert. Dies war den politischen Akteuren und Beobachtern jener Zeit zweifellos bewusst. Undeutlicher war dagegen, wohin der Weg der europäischen Integration führen sollte.

In seiner aus föderaler Warte geschriebenen und unter dem Titel „Ein verpasser Verfassungsmoment“ auf Grundlage einer Dissertation veröffentlichten Rückschau auf damals verweist Manuel Müller zwar auf die „tektonischen Veränderungen der politischen Landschaft“. Die Tragweite der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU), der schon damals vieldeutigen „Politischen Union“ und des mit dem institutionellen Umbau der Zwölfergemeinschaft ebenfalls einhergehenden „Konstitutionalisierungsschubs“ des Vertrags von Maastricht sei aber ungenügend in das öffentliche Bewusstsein eingedrungen, meint der Autor.

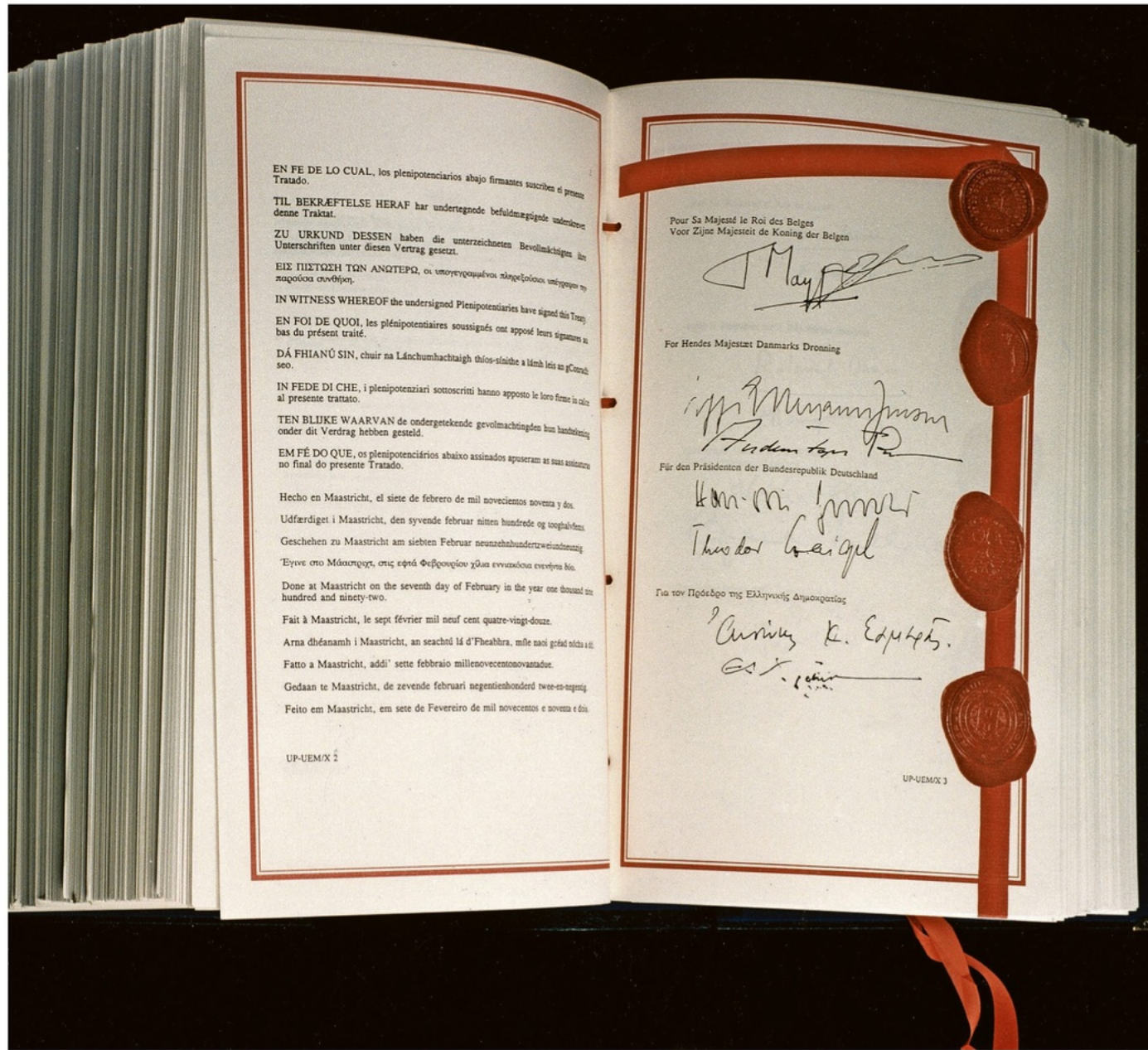
Für Müller, Mitarbeiter am Institut für Europäische Politik (IEP) in Berlin und Betreiber des Blogs „Der (europäische) Föderalist“, wurde daher die Chance für einen „europäischen Verfassungsmoment“ im Sinne des amerikanischen Verfassungsrechtlers Bruce Ackerman vertan. Eine Voraussetzung sei zwar erfüllt worden: die Neuordnung der politischen und institutionellen Architektur in einer krisenhaften Phase. Ausgeblieben sei dagegen der erforderliche schnelle Wandel im öffentlichen Diskurs.

Zur Erhärtung seiner Thesen hat Müller mehrere Tausend Beiträge von jeweils einer eher linksliberalen und einer eher liberalkonservativen Zeitung aus Deutschland (Süddeutsche Zeitung und Frankfurter Allgemeine Zeitung), Frankreich (Le Monde und Le Figaro) sowie Großbritannien (The Times und The Guardian) ausgewertet. Dabei hat er geprüft, inwieweit der damaligen Reform ein Integrationsschub innewohnte und ob die Redaktionen sich dessen bewusst waren oder sogar dazu beigetragen haben. Nur auf den ersten Teil der Fragestellung lautet die Antwort Ja.

Müllers Kernthese ist, dass das zwischenstaatliche Verfahren der Reform eine Fixierung auf die – national definierten – Interessen der Regierungen begünstigt hätten. Durch dieses „mitgliedstaatlich-außenpolitische Deutungsmuster“ sei die „europäisch-innenpolitische“ Stoßrichtung der Reformen zu wenig wahrgenommen worden.

Bemerkenswert ist, dass Müller für alle Zeitungen trotz aller weltanschaulichen Vielfalt generell eine Verengung auf den Blickwinkel der eigenen Regierung unter Vernachlässigung integrationspolitisch relevanter Entwicklungen festgestellt hat. So habe in Deutschland der Zusammenhang zwischen Wiedervereinigung und europäischer Einigung, in Frankreich die (führende) Rolle des Landes in Europa und in Großbritannien die Isolation im Kreis der Partner im Vordergrund der Berichterstattung gestanden.

Manchmal schwingt bei Müller der Eindruck mit, die Redaktionen hätten es versäumt, die europäische Dimension der Vertragsreform herauszuarbeiten. So beklagt er eine Deutung als „diplomatisches Nullsummenspiel“ mit Gewinnern und Verlierern, die einer nationalen Betrachtungsweise Vorschub leiste. Er erkennt dennoch die Grenzen redaktionel-



Das entscheidende Dokument: Faksimile des Vertrags von Maastricht

Foto Ullstein

ler Spielräume an. So gibt er zu bedenken, als „Herren der Verträge“ seien die Regierungen die Hauptakteure, auf die sich die öffentliche Wahrnehmung richtete. Das nationale Hemd schien generell näher als der europäische Rock zu sein.

Insgesamt bietet Müller eine anschauliche Analyse einer für die heutige Europäische Union prägenden Epoche. Gut verständlich schildert er die Motive ihrer Hauptakteure. Das waren besonders Bundeskanzler Helmut Kohl, der französische Präsident François Mitterrand und die britischen Premierminister Margaret Thatcher und John Major. Sprachlich quält Müller den Leser nur dann, wenn er zum Beispiel eine von „neofunktionsfunktionalistischen und inkrementell-föderalistischen Ideen geprägte Integrationsstrategie“ anführt.

Müller unterteilt den Untersuchungszeitraum in drei Phasen. Zunächst erschienen die WWU als logische Ergänzung des 1985 auf den Weg gebrachten schrankenlosen Binnenmarkts. Mit der plötzlich realen Perspektive der Wiedervereinigung Deutschlands stand Ende 1989 die Einbettung des größten Mitgliedstaats in eine „Politische Union“ auf der Tagesordnung. Dritter Schwerpunkt ist die heiße Phase der Verhandlungen mit dem im Dezember 1991 in Maastricht Britanniens gewährten „Opt-out“ aus der WWU.

Ergebnis war ein Vertrag, über den damals und in der Folge eine emotionale

Debatte über die Risiken der einheitlichen Währung sowie eine fehlende Transparenz und Bürgernähe entbrannte. Besonders in Deutschland, so Müller, sei die Debatte über die WWU „weniger von der Vorstellung eines gemeinsamen europäischen Projekts als vom Misstrauen gegenüber anderen Mitgliedstaaten geprägt“ worden.

Da Müller den Fokus auf einen „Blatt-diskurs“ richtet, rücken Unterschiede innerhalb von Redaktionen in den Hintergrund. Schlug die Süddeutsche Zeitung besonders harte Töne an, war dies oft ihrem Brüsseler Korrespondenten Winfried Münster geschuldet. Für ihn hieß der Abschied von der D-Mark, „der EG vom Besten zu opfern, was Deutschland nach dem Krieg hervorgebracht hat“.

Dagegen folgte der „Guardian“-Korrespondent John Palmer, ein hartnäckiger Fragensteller, einem föderalen Deutungsmodus. Er verstand – im Einklang mit dem damaligen EG-Kommissionspräsidenten Jacques Delors – die WWU als Triebfeder der Integration und vertrat die Vision einer „Europäischen Embryoregierung“. Zudem hob Palmer, im Sinne der von Delors bemühten Prozesshaftigkeit, die Verknüpfung inhaltlicher Ziele mit Fristen hervor – im Maastrichter Vertrag die mit Blick auf die EU-Erweiterungsperspektive formulierten „Revisionsklauseln“ für 1996.

Als Errungenschaft wertet Müller die damalige Überwindung der „wohlwollen-

den Gleichgültigkeit“ („permissive content“) gegenüber der Integration. Er widerspricht der Auffassung, die Voraussetzungen für einen „europäischen Verfassungsmoment“ hätten mit dem EU-Verfassungskonvent der Jahre 2002/03 nicht bestanden. Es habe damals keine krisenhafte Lage bestanden. Zudem hätten zwar europäische und einzelstaatliche Parlamentarier dem Konvent angehört, doch habe die Methode der – nachfolgenden – Regierungskonferenz schon auf ihn abgefärbt.

Nun richten sich die Blicke auf die kommende „Konferenz zur Zukunft Europas“. An ihr sollen neben Regierungsmitgliedern und Parlamentariern auch Vertreter der Zivilgesellschaft teilnehmen. Krisenhaft geht es im Zeitalter der Corona-Pandemie durchaus zu. Aber es gibt zum Beispiel auch die Einschätzung des langjährigen niederländischen Regierungschefs Mark Rutte. Über die Zukunftskonferenz bemerkte er unlängst abfällig, „endlose Nabelschau“ führe zu nichts.

MICHAEL STABENOW



Manuel Müller: Ein verpasser Verfassungsmoment. Der Vertrag von Maastricht und die europäische Öffentlichkeit (1988–1991). Nomos Verlag, Baden-Baden 2021. 796 S., 138,- €.